

## Jetzt fürchtet der Ethikrat, „dass die psychischen Folgen der Pandemie weiterwirken“

Stand: 16:27 Uhr | Lesedauer: 5 Minuten



hanr

Von **Hannelore Croll**



Alena Buyx, Vorsitzende des Deutschen Ethikrates

Quelle: dpa

Der Ethikrat weist eine Mitschuld an psychischen Belastungen von Kindern und Jugendlichen infolge der Corona-Eingriffe von sich. Die Vorsitzende Buyx gesteht aber Fehler ein und warnt, den Jüngeren wieder einen Großteil der Krisenbewältigung aufzubürden. Doch genau das droht gerade.

**D**as Wort „Entschuldigung“ taucht nicht auf in der Stellungnahme des Deutschen Ethikrats zu der Frage, welchen Schaden monatelange Schulschließungen und Lockdowns bei Kindern sowie jungen Menschen angerichtet haben.

Auch direkt darauf angesprochen, ob das Gremium wegen Fehleinschätzungen oder einem zu späten Eintreten für die Rechte von Jüngeren um Verzeihung bitten werde, wollte die Vorsitzende Alena Buyx (<https://welt.de/238019597>) nicht nachgeben. Sie werde derzeit „ständig gefragt“, ob sich der Rat entschuldigen werde, sagte Buyx vor der Berliner Bundespressekonferenz. „Dahinter steckt aber ja, man wäre schuldig geworden.“

Der Ethikrat habe jungen Menschen nie schaden wollen, verteidigte sich die Medizin-Ethikerin, als sie in Berlin die Stellungnahme „Pandemie und psychische Gesundheit“ präsentierte. Im Gegenteil habe ihr Gremium die junge Generation „früh in den Blick genommen“.

Der Kölner Rechtswissenschaftler Stephan Rixen sprang Buyx mit dem Hinweis zur Seite, dass sich in der Rückschau manches nun einmal anders darstelle: „Es kann aus guten Gründen Entscheidungen geben, die eben manchmal keine guten Folgen haben.“

Gleichwohl zeigt sich der Ethikrat, wie schon bei seiner ersten Fehleranalyse im April, bereit zu einer ansatzweise kritischen Selbstreflexion: „Wir haben zwar immer wieder auf die Jüngeren hingewiesen, aber eben doch zu wenig. Wir haben sie nicht ganz stark in einen eigenen Fokus genommen“, räumte Buyx ein.

Das will der Deutsche Ethikrat nun also tun – mit elf Ad-hoc-Empfehlungen, wie Politik und Gesellschaft reagieren, aber auch einer Wiederholung der Katastrophe vorbeugen sollten.

## **Die Gesellschaft schulde den Jüngeren Dank, sagt Buyx**

Der Rat dringt auf mehr Beratungs-, Therapie- und Hilfsangebote, hält aber für ebenso wichtig, nach den „katastrophischen Erfahrungen der Pandemie“ eine erneute Benachteiligung zu verhindern. Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene dürften „nicht noch einmal derart einseitig in ihrer Lebensentfaltung beschränkt werden“.

Im Gegenteil schulde die Gesellschaft den Jüngeren Dank, sagte Buyx. Sie hätten bereitwillig und bewusst Solidarität bei der Vermeidung von Corona-Ansteckungen gezeigt, doch eine „solidarische Antwort“ auf ihre eigene Notlage sei ausgeblieben. Schlimmer noch: Mit Begriffen wie „Party-Jugend“ sei der Vorwurf verbreitet worden, die Jugend verhalte sich in der Pandemie leichtfertig und egoistisch. Die junge Generation dürfe auf keinen Fall „wieder als Erste oder in weit überwiegendem Umfang die Lasten der Krisenbewältigung“ tragen müssen.

Dabei droht aktuell genau diese Entwicklung, ganz so, als habe die Gesellschaft nichts dazu gelernt. Wegen der wachsenden Flüchtlings- und Migrantenzahlen (<https://welt.de/242009189>) werden bundesweit bereits wieder Turnhallen geschlossen. Um

Energie zu sparen, denken Universitäten darüber nach, die Weihnachtspause zu strecken. Die Hochschule Koblenz beispielsweise bietet ab 4. Dezember bis zur Weihnachtspause nur noch Online-Vorlesungen an, um die von öffentlichen Einrichtungen geforderten 15 Prozent Energieeinsparungen zu erreichen. Auch die Schließung von Schwimmbädern droht wieder, seit Energie knapp und teuer geworden ist.

Wie schon einmal im April fordert der Ethikrat erneut eindringlich ein schnelles und breit angelegtes Engagement, um die entstandenen Schäden zu heilen oder wenigstens zu minimieren. Andernfalls drohten schwerwiegende, in manchen Fällen gar lebenslange Nachteile: Beim Ausbleiben von rechtzeitiger und leicht zugänglicher Hilfe sei zu befürchten, „dass die psychischen Folgen der Pandemie weiterwirken werden“, heißt es in der Stellungnahme. „Diese Notlage gefährdet auch die zukünftige Teilhabe der Betroffenen am gesellschaftlichen Leben.“

Für besonders wichtig hält das Expertengremium den Ausbau des Therapie-Angebots für Kinder und Jugendliche. Psychische Probleme waren im ersten Corona-Jahr 2020 die häufigste Ursache für stationäre Krankenhausbehandlungen von jungen Menschen zwischen 15 und 24 Jahren.

Verlangt werden daher „niedrigschwellige und flächendeckende schulpsychologische Angebote sowie psychosoziale Unterstützungsangebote“, Ärzte, Krankenhäuser und andere Einrichtungen für Diagnostik, Beratung und Behandlung müssten auf eine „verlässliche Finanzierung“ bauen können. Nötig seien „zeitnah konkrete Pläne“, wie bestehende Versorgungsdefizite behoben werden könnten. Auch Informationskampagnen, Schulungen und Präventionsmaßnahmen hält der Ethikrat für nötig.

## **Lauterbachs Zögern bei der Planung für Psychotherapien**

Doch die Realität ist eine völlig andere – und die Chancen, dass sich schnell und spürbar etwas ändert, stehen denkbar schlecht. Schon 2019 mussten laut Bundespsychotherapeutenkammer 40 Prozent der Patienten in Deutschland mindestens drei bis neun Monate auf den Beginn einer Behandlung warten.

Seither hat sich die Lage weiter zugespitzt, weil immer mehr Menschen Probleme haben. Zwar hat die Ampel-Regierung in ihrem Koalitionsvertrag festgelegt, dass die

psychotherapeutische Bedarfsplanung grundlegend reformiert werden soll, um die Versorgung zu verbessern. Doch der Absichtserklärung gefolgt ist bisher nichts.

Der rheinland-pfälzische Gesundheitsminister Clemens Hoch (SPD) versuchte daher jüngst in seiner Not, seinen Parteifreund Karl Lauterbach mit einem Appell zum Jagen zu tragen. Hoch brennt vor allem der Mangel an Kinder- und Jugendpsychologen derart unter den Fingern, dass er den Bundesgesundheitsminister öffentlich mahnte: „Die Zeit drängt. Bei der psychotherapeutischen Bedarfsplanung gibt es echten Handlungsdruck“, schrieb Hoch und forderte, schon vor der Reform mehr für Kinder und junge Menschen zu tun.

Er schlug beispielsweise vor, Krankenhäusern oder Psychiatrien die ambulante Behandlung zu erlauben. Außerdem lasse sich kurzfristig das Verhältnis der zugelassenen Therapeutenkassensitze zur Einwohnerzahl erhöhen, so Hoch. Schließlich gebe es hier aktuell keinen Fachkräftemangel. „Wir haben genügend ausgebildete Psychotherapeuten, die aber keine Kassenzulassung haben.“

Doch noch liegt aus dem Bundesgesundheitsministerium kein Vorschlag vor. Als sich ein 21 Jahre alter Social-Media-Mitarbeiter der SPD-Bundestagsfraktion im September öffentlich auf Twitter zu seiner Depression bekannte, lobte ihn Lauterbach für seinen Mut und schrieb: „Es gibt sehr gute Behandlungen und für die allermeisten eine sehr gute erreichbare Lebensqualität.“

Der Mitarbeiter dankte dem „lieben Karl“ und ergänzte: „Wofür ich außerdem dankbar wäre, wäre eine angemessene therapeutische Versorgung auch für Kassenpatienten. Die bürokratische Hemmschwelle und die lange Wartezeit, um Hilfe zu bekommen, fühlen sich lähmend an.“ Darauf reagierte Lauterbach nicht mehr.

***„Kick-off Politik“ ist der tägliche Nachrichtenpodcast von WELT. Das wichtigste Thema analysiert von WELT-Redakteuren und die Termine des Tages. Abonnieren Sie den Podcast unter anderem bei Spotify (<https://open.spotify.com/show/5YJ9twWCs7n3TWY1v9qCND>), Apple Podcasts (<https://podcasts.apple.com/de/podcast/kick-off-politik/id1584780171>), Amazon Music ([https://music.amazon.de/podcasts/301a2b98-059b-4c75-84cd-d7f12a072607/KICKOFF-POLITIK?ref=dm\\_sh\\_DJg0sEabHwpV0f8wc9yZuPh8v](https://music.amazon.de/podcasts/301a2b98-059b-4c75-84cd-d7f12a072607/KICKOFF-POLITIK?ref=dm_sh_DJg0sEabHwpV0f8wc9yZuPh8v)) oder direkt per RSS-Feed.***

---

Die WELT als ePaper: Die vollständige Ausgabe steht Ihnen bereits am Vorabend zur Verfügung – so sind Sie immer hochaktuell informiert. Weitere Informationen: <http://epaper.welt.de>

Der Kurz-Link dieses Artikels lautet: <https://www.welt.de/242376085>